

Bremische Bürgerschaft – SD.NET Vorlagenformular Plenum (Urheber Senat)

Vorlagentyp:	Drucksache Land	Verweis:	(zu Drs. 21/774)
Dokumententyp:	Mitteilung	Urheber:	des Senats
Parlament:	Bremische Bürgerschaft (Landtag)	Stand:	

Titel:

Verwaltungsmodernisierung durch Einer für Alle Leistungen

Sachverhalt/Frage/Aktuelle Stunde:

**Kleine Anfrage
der Fraktion SPD vom 1. Oktober 2024
und Mitteilung des Senats vom 5. November 2024**

Vorbemerkung der Fraktion der SPD:

Die Umsetzungsorganisation Förderale IT-Kooperation (FITKO) unterstützt den IT-Planungsrat mit dem Ziel, als zentrale Koordinierungs- und Vernetzungsstelle die Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland voranzubringen und zu standardisieren. Damit übernimmt die FITKO wichtige Aufgaben – denn die Verwaltung der Zukunft baut auf innovative Ideen und gemeinsame Lösungen. Die FITKO betreibt auf ihrer Website auch einen Marktplatz für EfA-Leistungen. Hier werden digitale Verwaltungsleistungen angeboten, die als EfA (Einer für Alle) von einem oder mehreren Bundesländern im Verbund insbesondere auch mit Blick auf die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes entwickelt werden und von anderen Bundesländern oder Kommune zur anschließenden Mitnutzung bestellt werden können.

Unsere Bürger:innen und Unternehmen sollen im Kontakt mit den Behörden umfassende und sichere digitale Lösungen nutzen können. Denn von den digitalen Verwaltungsdienstleistungen profitieren nicht nur die Nutzer:innen, indem sie weniger Zeit für ihre Anliegen benötigen. Auch die Verwaltung profitiert durch einen geringeren Arbeitsaufwand, sodass Personal entlastet und insbesondere an Stellen eingesetzt werden kann, bei denen ihr Erfahrungswissen besonders gefragt ist.

Der Senat beantwortet die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viele EfA-Leistungen hat die Freie Hansestadt Bremen seit der Gründung des Marktplatzes zur Verfügung gestellt? Welche Einnahmen konnten durch die Bereitstellung der EfA-Leistungen erzielt werden? (Bitte nach jeweiliger Leistung aufgliedern) Welche Kosten für die Entwicklung der Verwaltungsdienstleistungen stehen den Einnahmen jeweils gegenüber?

Die Freie Hansestadt Bremen (FHB) hat 16 EfA-Leistungen seit der Gründung des Marktplatzes zur Mitnutzung zur Verfügung gestellt. Die erste überhaupt verfügbare Leistung auf dem Marktplatz

war die Bremer Leistung „Unterhaltsvorschuss“: [Erste FIT-Store Leistung im Marktplatz für EfA-Leistungen | IT-Planungsrat](#)

Zu den Entwicklungskosten und Einnahmen: Die EfA-Dienste wurden zwischen 2020 und 2023 aus Bundesmitteln entwickelt und haben daher finanziell den Bremer Haushalt nicht belastet. Die Weiterentwicklung der EfA-Dienste wird über die „Mitnutzungsallianzen“ geregelt und gemeinschaftlich nach einem vereinbarten Verteilschlüssel finanziert. Die folgenden Weiterentwicklungskosten wurden für 2024 im EfA-Preismodell geplant.

EFA-Leistung	Einnahmen	Geplantes Weiterentwicklungsbudget der Mitnutzungsallianz
Adoption Digital	67.744,96 €	75.000,00 €
Beistandschaft-Online	80.048,70 €	50.000,00 €
Digitale Geburtsanzeige durch Einrichtungen	49.972,07 €	50.000,00 €
Ehe-EfA (bestehend aus 2 Paketen)	1.040.570,00 €	40.000,00 €
Elterngeld Digital	1.890.211,24 €	200.000,00 €
handwerk:digital - Handwerksgründung, -register, -karte	605.019,41 €	30.000,00 €
Hilfen zur Erziehung-Online (HZE)	109.332,25 €	50.000,00 €
Maßnahmen zur Herbeiführung einer Schwangerschaft - "Kinderwunsch Online"	72.993,85 €	25.000,00 €
Schriftliche Auskunft aus dem Sorgeregister (Negativbescheinigung)	191.663,09 €	30.000,00 €
Pflegekinderwesen Digital	63.679,12 €	75.000,00 €
Unterhaltsvorschuss Online (UVO)	491.141,51 €	45.000,00 €
Erklärung zur Vaterschafts-/Mutterschaftsanerkennung & Sorgeerklärung (VMS)	180.355,06 €	75.000,00 €
Dein Kitaplatz - Kindertagesbetreuung	- €	- €
Digitale Bestellung / Lieferantencockpit (LC)	571.288,54 €	57.197,50 €
Präqualifizierungsservice - Amtliches Verzeichnis (OZG ID 10335)	513.623,08 €	47.952,24 €

2. Inwiefern ist geplant, zukünftig weitere EfA-Leistungen anzubieten? Inwiefern wird bei der Entwicklung neuer digitaler Verwaltungsdienstleistungen die anschließende Verwertbarkeit auf dem Marktplatz der FITKO mitgedacht?

Bremen hat die Themenfeldfederführung im Bereich Familie & Kind inne. Sämtliche Projekte, die rund um das Themenfeld Familie & Kind aus dem Digitalisierungsbudget der FITKO (Föderale IT-Kooperation) finanziert werden, verfolgen das Ziel, die digitalen Verwaltungsdienstleistungen auf dem Marktplatz der FITKO anzubieten. Das EfA-Prinzip wird von Beginn an mitgedacht. Die folgenden Projekte befinden sich derzeit in der Umsetzung:

- Sorgeregisterplattform
- ELFE-Connect

- Erweiterter Gehaltsdatenabruf (Einkommensabruf von der Finanzverwaltung)

Alle relevanten Informationen zu den Bremer EfA-Diensten sind hier zu finden:

<https://www.mitnutzungsportal.bremen.de/>

3. Welche EfA-Leistungen wurden bisher eingekauft und was waren die Kosten? (Bitte nach Ressort und Leistung aufschlüsseln)

Die eingekauften EfA-Leistungen und die angefallenen sowie anfallenden Kosten sind der angehängten Tabelle zu entnehmen.

4. Inwiefern können die eingekauften Leistungen in die IT-Infrastruktur eingebettet werden? Welche Herausforderungen bestehen und welche Kosten entstehen durch vorzunehmende Anpassungen an der Infrastruktur und/oder Leistung?

Informationen zur technischen Anbindung, zu den Kosten für eine eventuelle Anpassung und zu den Herausforderungen sind der angehängten Tabelle zu entnehmen.

5. Welche Kosten konnten durch den Zukauf von Verwaltungsdienstleistungen im Vergleich zu einer eigenen Entwicklung gespart werden?

Durch das Online Zugangsgesetz (OZG) sind Bund und Länder gehalten, viele ihrer Verwaltungsdienstleistungen auch online anzubieten. Dabei wurden inhaltlich Leistungen in Themenfeldern zusammengefasst, die von den Bundesländern übernommen wurden. Innerhalb der Themenfelder sind, mit finanzieller Unterstützung des Bundes, entsprechende Onlinedienste (OD) entwickelt worden. Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes in der Freien Hansestadt Bremen ergibt sich aus der in der Senatssitzung vom 11.10.2022 beschlossenen „Gemeinsamen OZG-Strategie der FHB“.

Durch den Zukauf von Verwaltungsdienstleistungen im Rahmen des "Einer-für-Alle"-Prinzips (EfA) konnten erhebliche Kosten im Vergleich zu einer eigenen Entwicklung gespart werden. Die wichtigsten Einsparungen sind folgende:

Entwicklungskosten: Die Entwicklungskosten für EfA-Dienste wurden vom Bund getragen. Dies bedeutet, dass die FHB keine eigenen Mittel für die Entwicklung dieser Dienste aufwenden musste.

Betriebskosten: Sofern die Online Dienste bereits einsatzbereit waren, hat der Bund für die Jahre 2022 und 2023 die Betriebskosten der EfA-Dienste übernommen. Für 2024 wurden die Kosten über ein Zentralbudget der FITKO finanziert. Die Finanzierung der Betriebskosten der Fokusleistungen wird ab 2025 zentral von SF übernommen.

Einmalige Import-Kosten: Die Kosten für die Nachnutzung von Lösungen anderer Länder, die durch Roll-Out-Mittel des Konjunkturpakets des Bundes berücksichtigt waren, entfallen ebenfalls für die FHB.

Zentrale Koordinierung: Die zentrale Koordinierung und OZG-Umsetzung durch den Senator für Finanzen entlastet die einzelnen Ressorts von administrativen und technischen Aufgaben, was zu weiteren Kosteneinsparungen führt.

Wirtschaftlichkeit: EfA-Dienste sind als wirtschaftlichste Form für Online-Dienste anerkannt, da sie durch die zentrale Entwicklung und den zentralen Betrieb Skaleneffekte und Synergien nutzen, die bei einer Eigenentwicklung nicht realisierbar wären.

Zusammengefasst spart die FHB durch die Nachnutzung von EfA-Diensten und die zentrale Koordinierung und die Finanzierung der Fokusleistungen und der Leistungen von föderalem Interesse durch den Bund und die FITKO erhebliche Kosten, die bei einer eigenständigen Entwicklung und dem Betrieb der Online-Dienste anfallen würden.

6. Inwiefern ist geplant, zukünftig mehr auf den Einkauf von Leistungen zu setzen, anstatt sie selbst zu entwickeln? Mit welchen Kosteneinsparungen ist dabei zu rechnen?

Die oben erwähnte OZG-Strategie wird auf Grund der geänderten Gesetzeslage und der veränderten Rahmenbedingungen derzeit überarbeitet.

Die derzeit aktuelle Senatsvorlage vom 23.10.2022 zur OZG-Strategie für die Freie Hansestadt Bremen sieht vor, zukünftig verstärkt auf den Einkauf von Leistungen zu setzen, anstatt diese selbst zu entwickeln. Dieser Trend wurde durch die Einführung des „Einer-für-Alle“-Prinzips (EfA) im Rahmen des Konjunkturprogramms des Bundes initiiert. Ein einmal zentral von einem Land bzw. Themenfeld mit einem IT-Dienstleister entwickelter Online-Dienst kann dann von allen anderen Gebietskörperschaften effizient nachgenutzt werden. Diesen Effekt möchte die FHB zum einen durch Nachnutzung weiterer EfA-Dienste, zum anderen durch intensivere Kooperation im DP-Trägerverbund bzw. mit anderen Ländern nutzen.

Geplante Maßnahmen und Vorteile:

1. EfA first:

- Vorrangige Nutzung von durch den Bund entwicklungsfinanzierten, länderübergreifenden und zentral betriebenen EfA-Diensten.
- Dies spart Zeit und Ressourcen im Vergleich zu einer Eigenentwicklung und trägt zu einer Harmonisierung der Angebote über Gebietsgrenzen hinweg bei.

2. Entwicklungsverbünde vor Eigenentwicklung:

- Für alle OZG-Leistungen, für die kein EfA-Dienst nachgenutzt werden kann, wird geprüft, ob ein anderer Entwicklungsverbund oder Fachverfahrenshersteller eine bereits fertige Online-Dienst-Lösung anbietet.

- Diese Lösung kann übernommen werden, sofern sie fachlich geeignet ist, die Wirtschaftlichkeit gegenüber einer Eigenentwicklung nachgewiesen wird und sich an den EfA-Mindestanforderungen orientiert.

3. Fallzahlabhängiges Vorgehen bei bremischer Individuallösung:

- Für Verwaltungsleistungen mit mittlerer und hoher Fallzahl wird das Onlinedienst-Entwicklungssystem bzw. Formular-Managementsystem AFM zur Entwicklung Bremischer Online-Dienste genutzt.
- Für Verwaltungsleistungen mit geringer Fallzahl wird eine einfache Formular-Upload-Lösung, der Serviceportal-Upload mit dem Content Management System für die Bremer Verwaltung (KOGIS), bereitgestellt.

Es zeichnet sich ab, dass deutlich weniger EfA-Leistungen durch die Themenfelder entwickelt und bereitgestellt werden, als zu Beginn der OZG Umsetzung gedacht. Zudem sind die Leistungen des Typs 4 und 5 (Leistungen werden in Ländern und Kommunen gesetzlich geregelt und auch vollzogen) von den Ländern eigenständig bereit zu stellen. Darauf muss die FHB reagieren und überarbeitet aus diesem Grund derzeit die OZG-Umsetzungsstrategie. Das fallzahlenabhängige Vorgehen bezüglich der Umsetzungsvarianten steht auf dem Prüfstand und wird höchstwahrscheinlich ersetzt werden durch ein Vorgehen nach Komplexität der zugrundeliegenden Datenerhebung und des Verwaltungsvorgangs. Als Prinzip soll hier gelten, dass alle zu entwickelnden Dienste mit dem bereits in der FHB im Einsatz befindlichen KOGIS-Formularbaukasten umgesetzt werden, sofern es die Anforderungen an die Komplexität erlauben. Das hat den Vorteil, dass die in den Dienststellen vorhandenen KOGIS-Redakteure die Online-Dienste selber (ohne großen Programmieraufwand) erstellen können. Um die vorgegebenen OZG-Reifegrade der so entwickelten Dienste erreichen zu können, ist eine entsprechende Ertüchtigung des Formularbaukastens erforderlich. Dies muss aber nur einmal an zentraler Stelle erfolgen. Darüber hinaus wird der Blick auf eine ganzheitliche Digitalisierung von Anfang bis Ende der Verwaltungsleistung gelegt. Daher werden auch Low-/No-Code Lösungen als mögliche Erweiterungen für das Lösungspotential geprüft.

Derzeit ist es nicht möglich, die nachgefragten Kosteneinsparungen zu beziffern. Da derzeit davon auszugehen ist, dass in einer erheblichen Anzahl der Fälle auf den vorhandenen KOGIS-Formularbaukasten zurückgegriffen werden wird, werden wesentlich weniger Onlinedienste anderweitig in die externe Entwicklung gehen müssen. Es ist daher von derzeit nicht bezifferbaren Kosteneinsparungen auszugehen.

7. Inwiefern ist der Senat daran beteiligt, die IT-Infrastruktur bundesweit zu vereinheitlichen, sodass Anwendungen ohne weitere Anpassungen von der Freien Hansestadt Bremen genutzt werden können?

Bremen engagiert sich im IT-Planungsrat und in den damit zusammenhängenden Arbeitsgruppen und Gremien. Diese koordinieren zum Beispiel die Zusammenarbeit von Bund

und Ländern in Fragen der Informationstechnik, beschließen fachunabhängige und fachübergreifende IT-Interoperabilitäts- und IT-Sicherheitsstandards, koordinieren und unterstützen die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Fragen der Digitalisierung von Verwaltungsstandards. Für Entscheidungen, die die IT-Architektur betreffen, wird bei den Entscheidungen des IT-Planungsrates das föderale IT-Architekturboard kontaktiert, in dem auch Bremen Mitglied ist. Über die Antwort der Frage 4 hinaus sind derzeit keine besonderen Hemmnisse oder Kostentreiber bekannt, die IT-Infrastrukturbedingte Anpassungen für EfA-Dienste nötig machen würden.

In der Entwicklung der EfA-Onlinedienste der FHB werden föderale Standards, Technik sowie Komponenten – wo dies sinnvoll und möglich ist – eingesetzt. Dies sind z.B. der PVOG (Portalverbund Online Gateway), die NFK (Nationale Feedbackkomponente), ZSK (Zentrale Statistik Komponente), OSCI (Online Services Computer Interface) und die BundID.

Die FHB ist durch die AG RaBe-EfA (**Rahmenbedingungen** für den EfA-Betrieb) maßgeblich daran beteiligt gewesen, einheitliche Betriebsbedingungen für EfA-Leistungen zu erarbeiten. Hier lag der Fokus auf Rollen, Verantwortung und weiteren organisatorischen Themen, um u.a. einheitliche Schnittstellen und Prozesse in allen Bundesländern zu etablieren.

Zudem ist das gemeinsame Unternehmenskonto ein federführend von Bremen und Bayern geleitetes Projekt, welches bundesweit für die Digitalisierung von Unternehmensleistungen neue Maßstäbe setzen soll. In diesen Themenkomplex fällt auch die Digitalisierung der Beschaffung. Hier arbeitet Bremen gemeinsam mit dem Bund und weiteren Ländern federführend an der Erarbeitung von Standards bei der Vergabe im Ober- und Unterschwellenbereich, um auch der Wirtschaft die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen zu erleichtern und damit den Wettbewerb zu fördern. Von den Ergebnissen profitiert die FHB unmittelbar.

Schließlich wird der Freie Hansestadt Bremen im Kontext der föderalen Digitalstrategie des Deutschen IT-Planungsrates eine besondere Rolle zuteil. Unterhalb der sog. föderalen Dachstrategie wurden fünf Schwerpunktthemen etabliert. Für den Aufgabenbereich „Digitale Anwendungen“ hat die Freie Hansestadt Bremen die Patenschaft übernommen und gestaltet in Zusammenarbeit mit dem föderalen Architekturboard und dem Standardisierungsboard federführend die Rahmenbedingungen für ein offenes API-Ökosystem. Ziel ist hier, Schnittstellen zur Lieferung strukturierter Daten an die Verwaltung für Akteure in der freien Wirtschaft zu öffnen und durch verbindliche Standards zu regeln. Dadurch sollen auch Maschine-zu-Maschine-Kommunikationen ermöglicht, Verfahrensabläufe automatisiert und Bearbeitungszeiten verkürzt werden. Zielrichtung ist darüber hinaus, durch ein solches offenes API-Ökosystem die regionale IT-Wirtschaft zu fördern und Wettbewerb durch Standardisierung zu ermöglichen.

Beschlussempfehlung:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage Kenntnis.

IffNr. Ressort OZG-ID ggf. LEICA-Schlüssel eingeführte EFA-Leistung				Zu Frage 3.			Zu Frage 4		
				einmalige Kosten	Laufende Kosten p.a.	Bemerkung	Technische Anbindung im Sinne der Frage 4, also Z.B. Link, HTML-Code, monolisches Programm, ...)	ggf. Kosten zu Anpassung	Herausforderung bei der Anbindung
1 SKB	10297	990710082610000	OD Kindertageseinrichtung: Personalveränderung melden	- €	2.903,00 €	ab 2025 wird es teurer wegen geringer Nachnutzung durch bisher nur 2 Länder	Link im Serviceportal Bremen	0,00 Euro	keine, da bereitstellendes Bundesland auch Dataporträgerland ist
		991500830160000							
		991500760010000							
		991500750370000							
		991500780010000							
		991500790010000							
		991500810160000							
		991500820160000							
2 SKB	10578	9915008037000	OD Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen	20.000,00 €	30.894,00 €	die laufenden und einmaligen Kosten beziehen sich gesamt auf beide Ressorts SKB und SGFV / 2024 zahlt die FITKO laufende Kosten / ab 2025 zahlt SF	Links im Serviceportal bei jeder der acht Leikas	0,00 Euro	umständliches Sicherheitszertifikatsverfahren mit Medienbrüchen
3 SBMS	10092	WohnGeld		- €	19.773,67 €	Roll-Out abgeschlossen	Links im Serviceportal		
4 SBMS	10519	Baugenehmigung		24.549,02 €	40.798,32 €	Endphase Roll-Out	Links im Serviceportal, wenn Roll-Out abgeschlossen	50.400 €	2 zus. Antragsstrecken
5 SBMS	10611								
		Diplanung / Bürgerbeteiligung		89.000,00 €	125.000,00 €	Momentan Testphase	Links im Serviceportal, wenn ausgerollt		
6 SBMS	10447	Personenbeförderungsgenehmigung		3.998,40 €	3.604,99 €	Momentan im Vertragsabschluss + parallel Roll-Out Anlaufkosten fallen nur an, wenn nicht produktiv bis 31.12.2024	Links im Serviceportal, wenn ausgerollt		
7 SGFV	10462	Anlagengenehmigung und -zulassung (ELIA)		3.238,00 €	10.969,54 €	soll am 1.1.2025 live gehen	Links im Serviceportal, wenn ausgerollt		
8 SGFV	10608	Belehrung nach dem IfSG				Vertrag geschlossen, ePayment muss noch angebunden werden, Kickoff hat stattgefunden	Links im Serviceportal, wenn ausgerollt		
9 SASJI	10000	ElterngeldDigital		44.120,04 €		Fokusleistung. Durch den Bund entwickelt. Se	Link im Serviceportal Bremen, Fachverfahrensanbindung via Xfamilie und XTA 2 erfolgt, volldigitale Antragstellung möglich		
10 SASJI	10001	Erklärung zu Vaterschafts-/ Mutterschaftsanerkennung		11.109,24 €		Aus dem Themenfeld Familie und Kind heraus	Link im Serviceportal, Anbindung per dDatabase erfolgt		
11 SASJI	10009	Sorgeerklärung		11.526,07 €		Aus dem Themenfeld Familie und Kind heraus	Link im Serviceportal, Anbindung per dDatabase erfolgt		
12 SASJI	10011	Adoption		5.078,43 €		Aus dem Themenfeld Familie und Kind heraus	Link im Serviceportal, Anbindung per dDatabase erfolgt		
13 SASJI	10013	Pflegekindervermittlung und Pflegekindergeld		4.623,71 €		Aus dem Themenfeld Familie und Kind heraus	Link im Serviceportal, Anbindung per dDatabase erfolgt		
14 SASJI	10018	Gewährung von Hilfen zur Erziehung		6.412,66 €		Aus dem Themenfeld Familie und Kind heraus	Link im Serviceportal, Anbindung per dDatabase erfolgt		
15 SASJI	10035	Unterhaltsvorschuss		5.252,51 €		Fokusleistung. Aus dem Themenfeld Familie und Kind heraus	Link im Serviceportal, Anbindung per dDatabase erfolgt, Fachverfahrensanbindung in der Pilotierung		
16 SASJI	10736	Beistandschaft		5.995,83 €		Aus dem Themenfeld Familie und Kind heraus	Link im Serviceportal, Anbindung per dDatabase erfolgt, Fachverfahrensanbindung in der Pilotierung		
17 SUKW	10056	Ausbildungsförderung (BafoG)		18.598,91 €		Umlage nach Königsteiner Schlüssel; für 2025	Links im Serviceportal		
18 SFK	10629	Ausfuhr von Kulturgütern		1.462,23 €		Umlage nach Königsteiner Schlüsse	Links im Serviceportal		
		99019061007000							
		99019062007000							
		99019060007000							
19 SJV	10747	99019058007000	Bildungsabschlüsse Jura	1.190,00 €	5.902,40 €	Neubewertung der Kosten ab 2025 noch offen	Links im Serviceportal bei jeder der vier Leikas, wenn Roll-Out abgeschlossen, Anbindung an die Fachverfahren ExamIS und RefIS für die medienbruchfreie Antragstellung wird gerade realisiert	ca. 4000 €	technische Umsetzung der Kommunikation der FV mit FITConnect
SWHT, SF, SIS, SIV, BHV	10297	99089149261000	Hinweise auf Verstöße im Rahmen der Geldwäscheaufsicht (Whistleblower-System) Entgegennahme	2.439,50 €	10.354,92 €	Neubewertung der Kosten ab 2025 noch offen	Link im Serviceportal, wenn ausgerollt		
SWHT, SF, SIS, SIV, BHV	10293		acht Geldwäschepreventionsleistungen			Bestandteil des Gesamtpakets nach nachzunutzenden Efa-Leistungen WSP.NRW	Links im Serviceportal, wenn ausgerollt		
21 SIS	10124	Ummeldung		0,00 €	12.789,77 €	2024 zahlt die FITKO / ab 2025 zahlt SF	Links im Serviceportal	139.142,00 €	Durch SF forciert sollte die Inbetriebnahme zu Ende 22 erfolgen. Hierfür war eine umfangreiche Anpassung des Altfachverfahrens Meso Classic erforderlich (finanziert durch SF). Die Inbetriebnahme konnte erst im September 2024 unter dem neuen Fachverfahren VOIS 1 MESO erfolgen, da Dataport den Betrieb i. V. m. Meso Classic – trotz der Anpassungen – nicht realisiert bekam. Auch unter VOIS 1 MESO kam es zu starken Verzögerungen, da in einer langwierigen Testphase immer wieder Fehler in dem von Dataport entwickelten Dienst identifiziert wurden.
22									
23 SIS	10592	Online-Anzeige	k. A.	58.308,84 €			Links im Serviceportal und auf Webseiten der Polizeibehörden		
SIS	10257		Einbürgerung	0,00 €	16.665,00 €	2024 zahlt die FITKO / ab 2025 zahlt SF	Links im Serviceportal, wenn ausgerollt	ca. 15.000,00 €	Späte Schnittstellenanbindung des bereitstellenden Landes an das Fachverfahren. Durch gesetzliche Anpassungen Überarbeitung der FIM-Stammtexte durch Bundesredaktion nötig.
24									
SIS	10255 10596 10594		Aufenthaltsstitel, Aufenthaltskarten & Aufenthaltsrelevante	0,00 €	15.863,38 €	2024 zahlt die FITKO / ab 2025 zahlt SF	Links im Serviceportal, wenn ausgerollt	ca. 10.000,00 €	Bereitstellendes Land stellt keine zentrale Einstiegssseite zur Verfügung. Umsetzung auf einem der zentralen Portale (Serviceportal oder OSi-Plattform) sei laut SF nicht möglich. Daher Entwicklung einer eigenen Lösung durch SIS erforderlich.
25									
SIS	10154 10151		Waffenrechtliche Erlaubnisse	4.800,00 €	18.905,36 €	2024 zahlt die FITKO / ab 2025 zahlt SF	Links im Serviceportal, wenn ausgerollt	ca. 5.000,00 €	Bereitstellendes Land stellt keine zentrale Einstiegssseite zur Verfügung. Umsetzung auf einem der zentralen Portale (Serviceportal oder OSi-Plattform) sei laut SF nicht möglich. Daher Entwicklung einer eigenen Lösung durch SIS erforderlich.
26									
SIS	10169		Digitaler Führerscheinantrag	9.600,00 €	18.589,87 €	2024 zahlt die FITKO / ab 2025 zahlt SF	Links im Serviceportal, wenn ausgerollt	ca. 10.000,00 €	Umständliches Abstimmungsverfahren zwischen Ressort, SF und Rechnungshof zur Umsetzung des für den Dienst obligatorischen ePayments erforderlich.
27									
SIS	10025 10026 10028		Eheschließung	k. A.	5.687,97 €	2024 zahlt die FITKO / ab 2025 zahlt SF	Links im Serviceportal, wenn ausgerollt	k. A.	Datenschutzaufsichtliche Verantwortung gem. §8a Abs. 4 OZG bisher nicht umgesetzt. Langwierige Beauftragung der Sicherheitszertifikate (Verzögerungen durch Dataport).
28									
29 SWHT	10289		Handwerksgründung,-register und -karte	k. A.	9.737,00 €		noch umzusetzen		
30 SWHT	10335		Praqualifizierungsservice	k. A.	8.100,00 €		noch umzusetzen		